



Info Dienst Nr. 07 / 08.04.2011

Liebe Leserin,
lieber Leser,

nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg steht fest: In Rheinland-Pfalz können die SPD und Kurt Beck gemeinsam mit den Grünen weiter regieren und in Baden-Württemberg ist die schwarz-gelbe Koalition abgewählt. Auch hier wird ein Bündnis aus SPD und Grünen zukünftig die Landesregierung stellen.

Trotz dieser positiven Aussichten muss sich die SPD kritisch mit den Wahlergebnissen auseinandersetzen. Die Medien sind sich einig, dass aufgrund der Ereignisse in Japan besonders die Grünen viele Wähler für sich mobilisieren konnten. Die Verluste in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg für die SPD zeigen, dass die Partei ihr Profil noch nicht zurückgewonnen hat und wir uns nicht zu den Wahlgewinnern zählen können. Die Partei ist weiterhin in einem Prozess und es ist vieles in Bewegung. Teilerfolge konnten wir bereits erkennen, zum Beispiel bei den Landtagswahlen in NRW und in Hamburg. Jetzt geht es darum, die Profilbildung weiter zu verfolgen.

Die desolante Entwicklung im schwarz-gelben Bündnis in Berlin macht deutlich, wie wichtig eine starke SPD ist. Deswegen arbeiten Partei und Bundestagsfraktion weiter an einen inhaltlichen und programmatischen Profil um zu zeigen, dass eine alternative Politik zu Schwarz-Gelb möglich ist. Mit ihrem Projekt „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Lebensqualität und Fortschritt“ greift die SPD-Bundestagsfraktion die Modernisierungsfragen unseres Landes auf und liefert einen Zukunftsentwurf für Deutschland und Europa.

Sie finden das Arbeitsprogramm unter:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14017.00.pdf

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. 25 Jahre Tschernobyl
2. Rahmenprogramm Gesundheitsforschung
3. Verbraucherschutz in der Telekommunikation stärken
4. Faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen

1. 25 Jahre Tschernobyl

Vor 25 Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich in Tschernobyl die bisher schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAU waren und sind noch immer verheerend.

Diese Folgen schienen in der internationalen und nationalen Politik in Vergessenheit geraten zu sein. Niemand konnte ahnen, dass der Jahrestag der Reaktorkatastrophe auf so tragische Art durch die Ereignisse in Japan an Aktualität gewinnen würde. Die Katastrophe in der japanischen Atomanlage Fukushima I hat erneut bewiesen, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. Jetzt geht es darum, Konsequenzen zu ziehen. Allerdings gibt es bereits viele nicht unberechtigte Stimmen, die befürchten, dass auch die Ereignisse von Japan zu einer Episode werden und schon bald ein Verdrängungsprozess einsetzen wird. Es darf aber keinen erneuten Prozess des Vergessens geben, nicht für Japan und nicht für Tschernobyl. Die Erinnerung an die Opfer der Katastrophe muss aufrechterhalten werden.

Hunderte von bürgerschaftlichen Initiativen in Deutschland versuchen, die Leiden der Opfer von Tschernobyl durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern. Ihre Arbeit ist beispielhaft für ein bürgerschaftliches humanitäres Engagement, ohne das die Opfer der Katastrophe weitgehend alleingelassen wären. Diese Arbeit verdient Anerkennung und Unterstützung. Vor diesem Hintergrund erwächst die Aufgabe für Deutschland und die Europäische Union zu handeln und gemeinsam mit den humanitären Organisationen einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Erinnerungskultur an die Katastrophe von Tschernobyl zu leisten. Dazu bedarf es der Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Vereine und Verbände zum Aufbau einer Geschichtswerkstatt vor Ort durch Politik und Gesellschaft, eines intensiven europäischen Jugendaustausches mit der Ukraine und Belarus, um die zukünftigen Generationen mit einzubinden, und nicht zuletzt sollte Deutschland das Interesse an der Einführung von Erneuerbaren Energien in Belarus und der Ukraine unterstützen.

Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion heute den Antrag „Tschernobyl mahnt - Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur“ ins Plenum des Deutschen Bundestages eingebracht und verschiedene Aktivitäten rund um die Debatte organisiert bzw. unterstützt.

Gespräch mit Zeitzeugen

Am Donnerstag vor der Debatte haben die deutsch-belarussische und die deutsch-ukrainische Parlamentariergruppe Zeitzeugen und Vertreter bzw. Vertreterinnen von Tschernobyl-Initiativen zu einem Gespräch eingeladen, um von ihren Erfahrungen zu berichten und Projekte vorzustellen. Am Freitag selbst, konnte ich gemeinsam mit meiner Kollegin Uta Zapf eine weitere Gruppe von Zeitzeugen und Projektvertretern in den Bundestag einladen, damit sie die Debatte zum 25. Jahrestag von Tschernobyl live mit verfolgen konnten.

Konferenz „Tschernobyl mahnt“

In der kommenden Sitzungswoche, am 13. April, lädt die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Tschernobyl-Konferenz in den Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion ein. Im Mittelpunkt der Konferenz wird die Arbeit der Vereine und Verbände stehen, die sich seit 25 Jahren für die Opfer von Tschernobyl engagieren.

Das Programm sowie nähere Informationen zur Konferenz finden Sie unter:
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55886.00.html

„25 Jahre nach Tschernobyl – Menschen – Orte – Solidarität“

Wanderausstellung vom 30. April bis zum 6. Mai in Kamen

Auch im Wahlkreis wird der 25. Jahrestag von Tschernobyl ein wichtiges Thema sein. Das IBB - das internationale Bildungs- und Begegnungswerk - hat eine Wanderausstellung konzipiert, die an die Katastrophe erinnert. Gemeinsam mit Schirmherr und Bürgermeister Herman Hupe, der Evangelischen und Katholischen Kirche im Kreis Unna, der DGB-Jugend Dortmund-Hellweg und dem Stadtverband Kamen der Arbeiterwohlfahrt hole ich diese Ausstellung auch nach Kamen. Am 30. April wird um 17 Uhr die Ausstellung im SportCentrum Kamen-Kaiserau eröffnet.

Nähere Informationen und das Rahmenprogramm mit Filmvorführungen, Zeitzeugengesprächen und vielem mehr, finden Sie demnächst auf meiner Homepage unter www.oliver-kaczmarek.de

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/053/1705366.pdf>

Meine Rede zu dem Antrag können Sie sich unter folgendem Link ansehen:

<http://is.gd/KWT4zc>

2. Rahmenprogramm Gesundheitsforschung

Qualität und Sicherheit der Gesundheitsversorgung sollen weiter gesteigert werden. Das ist das primäre Ziel des Rahmenprogramms Gesundheitsforschung der Bundesregierung, das am Donnerstag im Plenum beraten wurde. Demnach plant das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Gesundheitsforschung von 2011 bis 2014 mit 5,5 Milliarden Euro zu fördern. Im Rahmen einer institutionenübergreifenden Zusammenarbeit sollen der Anspruch, jedem Menschen eine "bestmögliche und sichere Therapie" zu ermöglichen, und der Druck, effizient zu wirtschaften, miteinander in Einklang gebracht werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung zu überarbeiten. Und zwar dahingehend, dass alle Projekte der Gesundheitsforschung von den Bedürfnissen der Betroffenen ausgehen. In einem entsprechenden Antrag spricht sich die Fraktion außerdem für einen Aktionsplan „Präventions- und Ernährungsforschung“ aus. Weiter wird gefordert, deutlicher herauszuarbeiten, dass Gesundheitsforschung nicht in erster Linie dazu dient, ökonomisch verwertbare Ergebnisse zu produzieren, sondern der Linderung und Verhinderung von Krankheiten. Das von der Bundesregierung vorgelegte Rahmenprogramm enthält einen einseitigen Fokus auf ökonomische Verwertbarkeit und technikorientierte Lösungsansätze. Es weist Defizite in der Pflege- und Dienstleistungsforschung, in der internationalen Gesundheitskooperation und bei der Finanzierung auf. Auch wird es der internationalen Verantwortung Deutschlands im Kampf gegen so genannte vernachlässigte und seltene Krankheiten nicht gerecht.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip.bundestag.de/btd/17/053/1705364.pdf>

3. Verbraucherschutz in der Telekommunikation stärken

Die Telekommunikationsbranche ist ein wichtiger Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Mit neuen technischen Möglichkeiten entstehen in diesem Bereich auch neue Geschäftsmodelle. Dabei muss ein hohes Verbraucherschutzniveau sichergestellt werden. Dies betrifft vor allem die Transparenz von Angeboten und den Schutz vor Schulden und Belästigungen. Bereits in der letzten Legislaturperiode hat der Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen beschlossen. Hohe Beschwerdezahlen bei den Verbraucherzentralen und der Bundesnetzagentur zeigen aber, dass die Ziele des Gesetzes nicht erreicht wurden.

Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag die Regierung dazu auf, bei der anstehenden Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wichtige Regelungen aufzunehmen. Bei Servicenummern wie den (0)180-Service-Diensten und (0)900-Premium-Diensten müssen Warteschleifen kostenlos sein. Beim Anbieterwechsel soll die Kündigung schriftlich erfolgen. Für Grunddienste mit einer maximalen Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten muss eine verpflichtende vertragliche Tarifvariante eingeführt werden. Weiterhin soll die Regierung das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) so ändern, dass die Verfolgung unerlaubter Telefonanrufe verbessert wird. Es gilt, sich national als auch international, für die Verbesserung der Durchsetzbarkeit der Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern einzusetzen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip.bundestag.de/btd/17/048/1704875.pdf>

4. Faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen

Die Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel und der Missbrauch von Marktmacht wirken sich negativ auf Verbraucher, Arbeitnehmer, Umwelt und auch auf den Wettbewerb selbst aus. Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es bisher schwierig, durch ihr Einkaufsverhalten den Markt bzw. die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen mitzubestimmen. Durch mehr Transparenz und verständliche und vergleichbare Informationen sollen sie in Zukunft einen Einblick in soziale und ökologische Produktionsbedingungen erhalten.

Mit einem Antrag legt die SPD-Bundestagsfraktion Vorschläge dafür vor, die sie gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Oxfam und 22 weiteren Organisationen erarbeitet hat. Wir fordern unter anderem eine Stärkung des Bundeskartellamtes und die Einrichtung einer Ombudsstelle, die unfaire Marktpraktiken untersuchen bzw. als Schlichtungsstelle fungieren soll. Es soll auch eine umfassende Untersuchung der Einkaufspraktiken des Lebensmitteleinzelhandels eingeleitet werden, die auch die Auswirkungen entlang der Produktionskette auf die Beschäftigten in In- und Ausland, die Verbraucher und die Umwelt berücksichtigt. Unser Ziel ist es, einen Wettbewerb um Qualität, Fairness, Solidarität und Umweltschutz zu ermöglichen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip.bundestag.de/btd/17/048/1704874.pdf>